

Berlin, den 15. Dezember 2010

Stellungnahme des Verbands Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO) zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung am 15. Dezember 2010 zum Thema "Financing for Development“:

Stand der Umsetzung der Vereinbarungen von Monterrey, deutscher Anteil und zivilgesellschaftliche Forderungen

	Policy	Entwicklung seit Monterrey	Deutscher Anteil	Zivilgesellschaftliche Forderungen
1	Mobilisierung nationaler Mittel , Produktivität, Sparquote, Good Governance, Rechenschaftslegung, Steuern, Kapitalflucht, Kampf gegen Korruption, Privatsektorförderung, Finanzmärkte, etc.	Die Produktivitätszuwächse sind bescheiden, Entwicklungsländer stellen höhere Anteile an Ressourcengewinnen sicher ¹ , Weltbank und bilaterale Geber bemühen sich um institutionelle Stärkung der Rechnungslegung, Expenditure Tracking Systeme, Stärkung von Zentralbanken und Ministerien, Verbreiterung der Steuerbasis, Stärkung der Steuerbehörden, UNCTAD installiert Schuldenmanagementsysteme , Aber auch: Zunahme von Steuerhinterziehung Kapitalflucht und Korruption (TI)	Deutsche EZ stärkt finanzielle Governance , beteiligt sich an Privatsektorentwicklung (DEG: Mo Ibrahim), PPP, Micro-Finance, Smart Economics, MFW4A (Finanzmarktentwicklung), Alliance for Financial Inclusion (Finanzdienstleistungen für alle), Extractive Industries Transparency Initiative and Publish what you Pay , Deutsche NGOs fördern informellen Sektor der Wirtschaft, Empo-	Eine volkswirtschaftliche Politik des armutsorientierten Wachstums einschlagen (Pro Poor Growth), Sozialversicherungssystemen aufbauen, Sozialtransfers zur Existenzsicherung , Gemeinwohl-orientierte Mikrokredit und Finanzinstitutionen für Finanzdienstleistungen für arme, Funktionierendes Steuerwesen mit progressiven Steuersätzen, Kapitalertrags- und Vermögenssteuern, Abbau von Bürokratie und Umsetzung der UN Anti-Korruptionskonvention , Herrschaft des Rechts för-

¹ Vergl.: UNCTAD, TDR 2010, S. 157 zeigt eine allmählich ansteigende Tendenz von Regierungseinkommen an Ressourcenerlösen.

			werment, Menschenrechte, Advocacy und Dialogkultur	<p>dern, Dialog über Parteienfinanzierung stärken</p> <p>Alle EZ-Maßnahmen in Aid Effectiveness- Prinzipien einbinden, besonders auf Democratic Ownership und Accountability in Planungs-, etc. Prozessen achten, Zivilgesellschaft, Business und Local Government und insbes. Frauen ernsthafter beteiligen,</p>
2	<p>Private Zuflüsse, Nachhaltiger Privatsektor durch ODA-Hebelung</p> <p>Portfolio, M&A, Greenfield, offene Finanzmärkte, Investitionssicherheit</p>	<p>Anstieg privater Zuflüsse auf fast 600Mrd. \$/ bis 2008, Fall auf 150 Mrd.\$ Herbst 2008, Rebound auf 825 Mrd.\$/2010. Wachsende Rolle von ADI für Aktienmärkte und in spekulative Portfolio Investitionen in Schwellen und Entwicklungsländern aufgrund zinsgünstiger Stimuli-Programme und Carry Trade, abnehmende Rolle von M&A und Greenfield².</p> <p>Trotz dieser Zunahme der Zuflüsse beträgt der Nettokapitaltransfer in die entwickelten Länder 2009= 568 Mrd. US\$³. Nettokapitaltransfer in die Industrieländer verweist auf Repatriierung, Steuerhinterziehung und Kapitalflucht sind nur z. T. berücksichtigt.</p>	<p>Deutsche ADI im außereuropäischen Ausland betragen etwa 330 Mrd. €⁵,</p> <p>Deutsche Banken sammeln Kapital in unbekannter Höhe ein mittels 395 Tochtergesellschaften in Steueroasen (BaFin 2009)</p> <p>Deutschland ist Teil der Financial Action Task Force gegen Geldwäsche</p> <p>Privatsektororientierung der Regierungskoalition aber keine Politik der Abgrenzung von Verwendungszwecken für private, öffentliche und</p>	<p>Bei ADI folgende Kriterien: Menschenrechte, CSR, Umwelt, Maximum an Local Content (Vorprodukte), Maximum an Produktivitätsgewinnen, Ausbildungsleistungen, Technologietransfer, Wiederanlage von Erträgen im Land, Repatriierung und sekundäre Importe haben Zahlungsbilanzbelastungen zufolge,</p> <p>Notwenige Forex-Orientierung der Investition</p> <p>Country by Country Taxation, automatischer Steuerdatenabgleich, Off shore: vollständige Steuertransparenz</p>

² IIF RESEARCH NOTE, Oct. 4, 2010 Capital Flows to Emerging Market

³ UN/DESA Financial flows to developing countries 2010, S 73

⁴ The ICSID Caseload – Statistics , (Issue 2010-2), International Centre for Settlement of Investment Disputes, the World Bank 2010

⁵ 04/2010: [Bestandserhebung über Direktinvestitionen](http://www.bundesbank.de/statistik/statistik_veroeffentlichungen_sonderveroeffentlichungen.php#sonder10), siehe http://www.bundesbank.de/statistik/statistik_veroeffentlichungen_sonderveroeffentlichungen.php#sonder10

		<p>Weitere Entwicklungen: Neues Verständnis für Kapitalverkehrskontrollen beim IWF</p> <p>Anzahl der ICSID Fälle schwanken zwischen 14 und 37 neuen Fällen pro Jahr seit 2001⁴, also keine Veränderung bei Investitionsstreitigkeiten</p>	soziale Aufgaben	<p>Mengen-, Preis- und Zeit- bezogene Kapitalverkehrskontrollen und Maßnahmen gegen Kapitalflucht</p> <p>Klare Zweckbindung der ODA an definierte Sozial- und Entwicklungszwecke</p>
3	<p>Welthandel als Motor der Entwicklung, Doha Entwicklungsrunde</p>	<p>Welthandel kein Fokus-Thema in Moterrey, Doha-FFD (WTO-Angelegenheit) Weiterhin kein Entwicklungsabkommen, neuer Ansatz G20??, Zunehmend bilaterale Abkommen und (vorläufige) EPAs,</p> <p>EU-Agrarsubventionen nehmen erst seit wenigen Jahren ab</p>	<p>Außenhandelskompetenz liegt bei der EU, D unterstützt EBA-I initiative einschließlich Ausnahmen für Reis, Zucker, Bananen, etc. Export-dumping</p>	<p>Die Doha Welthandelsrunde muss viel stärker entwicklungsorientiert angelegt werden, d.h. Special and Differential Treatment- Kriterien sind stärker anzuwenden NAMAs brauchen starke Infant Industries Regelung, die Singapur Themen (Investitionen, Wettbewerb, öffentliches Beschaffungswesen, Handelserleichterungen.) sollen aus der WTO Verhandlungsrunde herausgenommen werden.</p> <p>Eine allgemeine Everything but Arms – Initiative für alle G20 Länder</p>
4	<p>ODA, Entwicklungshilfe für Millenniums-Entwicklungsziele</p> <p>Quantitativ: - Stufenplan 0,51%</p>	<p>Quantitativ: ODA nach dem DAC 2010 bei 126 Mrd. US\$ (auf dem höchsten Stand, bei 0,3% BIP), DAC Angaben zufolge, sankt 2009 der deutsche Anteil der ODA von 0,38 auf 0,35 Prozent, steigt im laufenden Jahr auf 0,4 Prozent, statt 0,51% lt. europäischem Stufenplan (siehe Doha FFD),</p>	<p>Quantitativ: Keine Kürzung 2011, aber keine Glaubwürdigkeit für Erreichung des 0,7%-Ziels vom BIP in 2015,</p> <p>Deutschland nimmt die Klimafinanzierung aus der ODA, FUE schätzt</p>	<p>Quantitativ: Aufstockung der ODA, glaubwürdiger Stufenplan, keine Additionalität von Mitteln für Klimafinanzierung, dafür werden mittelfristig ca. 1% des BIP erforderlich. Finanzierung durch Innovative Finanzierungsmechanismen</p>

⁶ ONE: The Data Report 2010

	<p>bis 2010 (Doha FFD), - 0,7% bis 2015, - 0,15-0,20% für Niedrigeinkommens- länder - 40 Mrd.US mehr für Afrika</p> <p>Qualitativ: Aid effectiveness Prinzipien, in Mon- terrey beschrieben, in Doha ausgeführt</p>	<p>Klimafinanzierung nach Verursacherprinzip nicht als Hilfe wie die ODA</p> <p>Diversifizierung der Instrumente (IFF,Health Systems, Social Sector), Leading Group, New Donors, Philantropists) Deutschland aber über- all zurückhaltend</p> <p>Qualitativ: Die Effektivitätskriterien der Paris Declaration, der AAA, die Dialogprozesse und Arbeitsergebnisse der Working Party on Aid Effectiveness, die Vorbereitung der Busan HLF4</p>	<p>40% der ODA werden für Klimapro- jekte eingesetzt,</p> <p>nur 25% der Afrika Versprechen eingehalten⁶</p> <p>Qualitativ: Deutsches Engagement in Paris und Accra stark, Fehler der deutschen Entwicklungs- politik: Aid Effectiveness spielt seither keine Rolle in der Wirk- samkeitskommunikation des BMZ</p>	<p>z. B. Verschmutzungsrechte, Finanz- transaktionssteuer, Flugabgabe, etc.</p> <p>Qualitativ: Bei HLF4 soll Deutschland PD/AAA bestätigen, sich für „Development Effectiveness“ einsetzen, d.h. Entwicklungsländer er- halten ODA-Unterstützung aufgrund einer kohärenten Entwicklungspolitik Deutschland soll Menschenrechte als Schwerpunkt definieren und sich für eine G20-, UN- und DAC-gemeinsame Entwicklungsarchitektur verwenden.</p>
5	<p>Auslandsschulden</p> <p>Entschuldung für Millenniums- Entwicklungsziele, Entschuldungsrah- men (DSF) sollte, überprüft werden, Staateninsolvenz mit burden sharing</p>	<p>HIPC/MDRI, , Kein SDRM, als Resultat der Finanzkrise zeichnet sich ein neuer Verschul- dungszyklus ab⁷.</p> <p>51 der untersuchten 100 Länder haben mind. einen Indikator jenseits der kritischen Grenzwerte in 2008 oder 2009; 34 Länder verzeichnen massiv verschlechterte Werte in 2009, 4 Länder weisen untragbare Werte auf: Armenien, Mongolei, Nepal und Tonga.</p> <p>Drei kritische Gruppen sind Kandidaten für eine potentielle Schuldenkrise: Erneut hoch</p>	<p>Deutschland hat etwa 6 Mrd. nomi- nale Schulden erlassen, größte Bro- cken darunter: Irak und Nigeria. Spielte eine positive Rolle bei HIPC und MDRI,</p> <p>Außer der CDU/SPD- Koalition haben alle Regierungen seit 1998 einen Staateninsolvenzmechani- smus gefordert</p> <p>Es gab zwei Bundestagsresolutio- nen, internationales Engagement bei Monterrey, Doha FFD, in WB, IWF</p>	<p>Notwendig sind weitere Schuldenerlas- se in Fällen, in denen Millenniums- Entwicklungsziele sichergestellt werden müssen Illegitime Schulden sollen gestrichen werden Schuldenswaps für Entwicklung nutzen Das Rahmenwerk zur Bestimmung der Schuldentragfähigkeit (DSF) muss die inländische Verschuldung einbeziehen HIPC war eine Einzelinitiative, ist kein struktureller Entschuldungsmechani- smus. Ein FTAP muss anlassunabhän- giges eingeführt und europäisch und</p>

⁷ erlassjahr.de: Schuldenreport 2011 (erscheint im Jan.2011)

		verschuldete Post-Completion-Point-HIPCs, osteuropäische Länder und kleine Inselstaaten	und UN, aber nicht nachhaltig genug	international auf den Weg gebracht werden Eine Charta für Verantwortliche Kreditvergabe international vereinbaren
6	Systemische Fragen, UN- Governance, makro-ökonomische Koordination durch UN, Liberalisierung- und Strukturanpassung sollen soziale Kosten berücksichtigen, int. Steuerkooperation mit Rolle UN, bessere Koordination UN/ Multilaterale Einrichtungen, Kampf der Korruption, SDR – Allocationen prüfen	Intern. Steuerkooperation gegen Steuerhinterziehung und Kapitalflucht kommen nicht voran, UN-Convention Against Corruption hat erst 140 Unterzeichnerstaaten, zunehmende Ressourcenkonkurrenz , rasches Wachstum der Schwellenökonomien, unausgeglichener, ungerechter Welthandel , erhebliches Anwachsen virtueller, unregulierter, konkurrierender Finanzmärkte , von Regierungen darin unterstützt Global Governance in IWF/WB jetzt Nähe Parität (47%) aber wenig Rücksicht auf Niedrigeinkommensländer, G20 : keine Koordination bei Wechselkursen und globalen Ungleichgewichten, Vorhaltung unnötiger, teurer Reserven statt Aufbau eines verbindlichen SDR-Systems , einmalige Ausgabe v. 250Mrd. SDRs, Platzende Immobilien- und Kreditblasen, Fi-	D hat sich in der Steuer-, der Staateninsolvenzdebatte in Monterrey, Doha FFD und UN Conference on Financial Crisis stark engagiert . D ohne eigenes Entwicklungsprofil beim Welthandel, Keine Initiativen gegen Steuerparadiese und Kapitalflucht aus Entwicklungsländern, aber durchaus ab 2007 auf europäischer Ebene, indifferent bis ablehnend gegenüber Kapitalverkehrskontrollen , (auch EDs bei IWF und Weltbank), Keine deutsche Führung für eine europäische Governance-Regelung in IWF & WB , D setzt sich für ein Staaten-Insolvenzverfahren ein , hat Leerverkäufe für Staatsanleihen verboten, unterstützt Finanzmarktregulierung Version „light“ im Vergleich zu US,	Finanzmärkte: Dauerverbot von Leerverkäufen auch für Nahrungsmittel und Ressourcen, Futures und Derivate, die der Absicherung dienen von der Spekulation trennen und letztere einschränken, nur registrierten Handel mit Derivaten zulassen Basel 3 auch für Nicht-Banken (Hedgefonds, Private Equity, etc.), Eigenhandel von Banken und Finanzinstitutionen stark einschränken und an hohe Sicherheiten binden, Institute mit systemischen Risiken aufteilen , Finanztransaktionssteuer von 0,05% einführen, Überführung der Rating Agenturen in die öffentliche Hand Finanzarchitektur: Substanzielle Stärkung des UN-Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) Doppelte Mehrheiten bei IWF/WB Governance, Entwicklungsländer- Quoten auf 11% anheben SDR gestützt auf einen Korb starker Währungen allmählich als Weltreserve-

		<p>nanzkrise, Eurokrise</p>	<p>Guter Ansatz bei Finanztransaktionssteuer, leider bei G20 und in EU bisher erfolglos.</p> <p>Deutsche Kirchturmpolitik bei globalen Ungleichgewichten,</p>	<p>währung einführen</p> <p>Globale Ungleichgewichte abbauen (z. B. durch Investition in ein zukunftsfähiges Wirtschaftsmodell)</p> <p>UN-Committee on Tax Matters zu einer Internationalen Steuerorganisation ausbauen für automatischen Steuerdatenabgleich</p>
--	--	-----------------------------	---	---

Peter Lanzet, EED/VENRO : 13. Dezember 2010